

## **Beschluss des 122. Ord. Landesparteitags der FDP Baden-Württemberg am 5.1.2022 in Fellbach**

### **Krisenfeste Schulen sind die Pflicht, nicht die Kür!**

Nach nahezu zwei Jahren im Krisenmodus brauchen die Schulen im Land vor allem Verlässlichkeit, Unterstützung und einen klaren Fahrplan für die Zeit in und nach der Pandemie. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen, aber auch die Eltern sowie die Ausbildungsbetriebe haben sich in dieser Zeit vielgestaltigen Herausforderungen stellen müssen und verdienen unseren Dank, unseren Respekt und unsere Anerkennung. Doch darf es nicht dabei bleiben, dass die invalide Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung den Ausnahmezustand im Krisenmodus, der von eiligen und äußerst kurzfristigen Verordnungen, von einem kräftezehrenden Mangel an Lehrkräften und vertanen Bildungschancen für viele Kinder geprägt ist, zum Dauerzustand werden lässt. Auch die Zeiten, in denen das baden-württembergische Bildungssystem national wie international konkurrenzfähig war und die Schülerinnen und Schüler in Bildungsrankings wie selbstverständlich Spitzenpositionen belegten, verblassen als ferne Erinnerung. Auch an den beruflichen Schulen, die international Beachtung finden für ihre Rolle im dualen Ausbildungssystem, mehren sich die Alarmzeichen.

Doch nun ist nicht die Zeit für Pessimismus, sondern die beste Gelegenheit für einen kraftvollen Aufbruch in eine bildungspolitische Zukunft, die unseren Kindern, den Eltern und unserem Land gerecht wird. Wir fordern deshalb eine Bildungsgarantie für Baden-Württemberg, die sich durch einen zuverlässigen, resilienten und sicheren Präsenzbetrieb der Schulen auszeichnet.

Im Geleit der Krise lernten sehr viele Menschen den Wert von verlässlichen Bildungsangeboten neu schätzen - nicht nur, um die Kinder untertags betreut zu wissen, sondern auch um selbst arbeiten gehen zu können. Auch die Didaktik gebietet es, den Unterricht in Präsenz abzuhalten, wenn wir keine zusätzlichen Lernlücken riskieren wollen. Die Krise hat außerdem gezeigt, dass digitale Medien im Unterricht als Lernmittel ohne Begleitung durch eine Lehrkraft nur sehr eingeschränkt genutzt werden können. Deshalb benötigen wir einen Personalkörper an den Schulen, der es auch bei Krankheitsausfällen ermöglicht, den Unterricht sicherzustellen. Denn eine beträchtliche Zahl an Lehrkräften stand in den letzten Monaten aus gesundheitlichen oder präventiven Gründen gar nicht für den Präsenzunterricht zur Verfügung – etwa, wenn wir schwangere Lehrerinnen vor den Infektionsrisiken schützen mussten.

Auch die Gewalterfahrungen von Lehrkräften haben zugenommen und verstärken leider in einigen Situationen die mangelnde Attraktivität des Lehrerberufes. Hinzu kommt die alljährliche Sommerferienarbeitslosigkeit bei den Vertretungslehrkräften und den Referendaren. Für das Aufholen der Lernlücken benötigen wir zudem personelle Verstärkung an den Schulen, um die Bestandslehrkräfte zu entlasten – schließlich müssen entsprechend den Bedarfsmeldungen den Schulen mehrere Zehntausend Förderstunden pro Woche realisiert werden. Die Versuche zur Personalgewinnung der Landesregierung beim Programm „Lernen mit Rückenwind“ haben aber gezeigt, dass die Fachkräftereserven im Land bei den pädagogisch Versierten, die für eine qualitätsvolle Ausgestaltung der schulischen Angebote in Betracht kommen, derzeit vollkommen ungenügend sind. Dies gilt in allen Schularten, in besonderem Maße für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und besonders auch für die berufsbezogenen Fächer der beruflichen Schulen.

### **Deshalb wollen wir:**

- eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte, auch um den absehbaren Schülerzuwachs abzufedern, die von einer umfassenden Image- und Werbekampagne für die besonders gesuchten Lehrämter

flankiert wird;

- die Anrechnungstunden für besondere Aufgaben erhöhen;
- ein Assistenzlehrkräfte-Programm nach bayerischem Vorbild, das die Stammlehrkräfte entlastet;
- den Ausbau der Studienplätze, besonders im Bereich der Grundschul- und Sonderpädagogik, um den stellenweise wenig sachgerechten Zugangsschranken durch hohe NC zu begegnen, und den Ausbau der Studienplätze für Erzieher- und Pflegepädagogik für eine bessere Lehrerversorgung an beruflichen Schulen;
- den Ausbau der Schulbegleitungen, um die Wahlfreiheit bei der Inklusion zu stärken;
- die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit ihren hochwertigen und spezialisierten Angeboten als unverzichtbare Säule des Schulsystems wertschätzen und fördern;
- eine organisatorische und personelle Vorsorge für den nahenden Anspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung an den Grundschulen ab 2026;
- die Attraktivierung des Lehrerberufs, unter anderem durch die unterbrechungsfreie Beschäftigung von Vertretungslehrkräften und Referendaren über die Sommerferien;
- den Beförderungstau insbesondere bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften abbauen;
- vakante Stellen schnellstmöglich besetzen und die Vertretungsreserve erhöhen;
- Vertretungslehrkräfte vor ihrem Einsatz, sofern dieser fach- bzw. schulartfremd ist, entsprechend fortbilden bzw. qualifizieren;
- die Schulleitungen zügig weiter entlasten und für eine anforderungsgemäße Bezahlung sorgen;
- Personalentwicklungskonzepte für Lehrkräfte an allen Schularten schaffen, um rechtzeitig zukünftige Schulleiterinnen und Schulleiter zu gewinnen.

Die mit der Corona Pandemie einhergehenden Einschränkungen haben hohe psychische Belastungen für Schülerinnen und Schüler zur Folge und erfordern mit dem generell mangelnden Beratungsangebot eine Ausweitung der psychologischen Betreuung an Schulen. Die Ausstattung der Schulen durch entsprechendes Fachpersonal muss hierbei ein wichtiges Ziel sein, um die Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung der Pandemiefolgen zu unterstützen. Neben der gesicherten Unterrichtsversorgung muss die Ausstattung der Schulen im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen. Die zurückliegenden zwei Jahre haben der Digitalisierung der Bildungseinrichtungen beträchtlichen Vorschub geleistet, wobei eine Vielzahl an Erfahrungen gesammelt werden konnte – sowohl positiver als auch negativer Art. Diesen Erfahrungsschatz müssen wir uns nun zunutze machen, um die gelungene Kombination von Online- und Präsenzanteilen im Unterricht (Blended Learning) zu finden und zu etablieren. Dabei ist es eben nicht damit getan, die Schulen bzw. die Lehrkräfte mit entsprechender Hardware auszustatten, wenn es sodann von der Motivation und technischen Versiertheit Einzelner abhängt, ob die Potentiale der Ausstattung gehoben werden.

Auch die Wartung und Pflege der Geräte muss verbindlich geklärt und personell untermauert werden, wobei die Verantwortung für die Personalgewinnung nicht bei den Schulträgern allein verbleiben darf.

Die Anbindung unserer Bildungseinrichtungen mit Glasfaseranschlüssen an das schnelle Internet und die Etablierung eines belastbaren und zuverlässigen WLAN sowie ein ausreichendes Leitungsnetz muss zur selbstverständlichen Realität werden. Als beachtliche Stolpersteine haben sich indes die notwendigen Software- und Cloud- Angebote erwiesen, die für die Schulorganisation oder den digitalen Unterricht benötigt werden. Bei der Bildungsplattform wurde und wird wichtige Zeit verloren. Viele Anwendungen haben sich als störanfällig oder wenig praktikabel erwiesen und sind damit wenig geeignet, ein krisenfestes und für alle Beteiligten auch zufriedenstellendes Angebot zu eröffnen. Dabei ist es ein Irrglaube, dass geeignete Lösungen immer landesweit gedacht und umgesetzt werden müssen – denn die Heterogenität der Schulen zeigt sich auch in ihren technischen Anforderungen. Sinnvollerweise sollten die Schulen ein individuelles Budget zur eigenständigen Bewirtschaftung und Administration der digitalen Technik und Systeme erhalten. Berufliche Schulen unterliegen durch die Kooperation mit den Betrieben als duale Ausbildungspartner einem besonderen Digitalisierungsdruck. In diesem Bereich braucht es besonders dringend ausgewiesene Fachkräfte, die als Bindeglied zwischen Betrieben und Lehrkräften die digitalen Entwicklungen der Wirtschaft in die Schulen bringen können.

Den Datenschutz hingegen müssen alle Bildungseinrichtungen gleichermaßen achten. Daher fordern wir eine Whitelist für die Schulen, die alle nutzbaren datenschutzkonformen digitalen Tools auflistet und den Schulträgern dadurch die gebotene Rechtssicherheit vermittelt.

#### **Daher wollen wir:**

- die Glasfaseranbindung der Schulen an das schnelle Internet ebenso wie den Aufbau belastbarer, drahtloser, lokaler Netzwerke als unverzichtbare Grundlage für digitales Arbeiten und Lernen vorantreiben;
- die Ausstattung aller Lehrkräfte mit dienstlichen Laptops und der benötigten Software sicherstellen, wobei auch Wartung, Administration und Austausch eine zentrale Rolle spielen müssen;
- ein „Kompetenzzentrum Digitale Bildung“, in dem alle Aufgaben in diesem Bereich gebündelt werden und in dem ein Fernunterrichtsmanagement aufgebaut wird, um für jede ausgefallene Unterrichtsstunde ein Vertretungsangebot zu unterbreiten. Außerdem sollen die nötigen technischen Strukturen für digitalen Fernunterricht auf ein zeitgemäßes Niveau gebracht und im Einklang mit dem Datenschutz kontinuierlich fortentwickelt werden und Unterrichtsvorschläge für digitalen Unterricht zentral bereitgestellt werden;
- zur Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen vor Ort das „Kompetenzzentrum Digitale Bildung“ auch mit einem handlungsfähigen Support- und Helpdesk ausstatten, bis die Infrastruktur mit digitalen Hausmeistern an möglichst allen Schulstandorten in Baden-Württemberg aufgebaut ist;
- eine digitale Bildungsplattform, die auch für Anwendungen anderer Bundesländer und der Ausbildungsbetriebe schnittstellenoffen ist;
- eine landesweite Online-Plattform mit frei verwendbaren Unterrichtsmaterialien (sog. Open Educational Resources), für deren Bereitstellung der in erster Linie das Kultusministerium zuständig ist. Zusätzlich soll es jeder Lehrkraft möglich sein, geprüfte Inhalte hochzuladen.

- den Mittelabruf beim Digitalpakt vereinfachen und mit einem Digitalpakt 2.0 die neue Digitalisierungs-Dynamik an den Schulen aufgrund der Pandemie aufgreifen und forcieren sowie den Schulträgern mehr Freiheiten lassen bei der Auswahl von digitalen Produkten. Das „Kompetenzzentrum Digitale Bildung“ soll hierbei als „One-Stop-Shop“ im Bereich Beratung und Bestellmanagement helfen;
- die Angebote der Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer und die Lehramtsstudiengänge sowie das Referendariat an die digitale Realität anpassen;
- die Konformität mit dem Datenschutz bei allen schulischen Anwendungen achten und, wo nötig, bei den Herstellern – idealerweise mit dem Gewicht des Bundes oder der EU – einfordern;
- eine Whitelist fordern, mit der das Kultusministerium datenschutzkonforme Anwendungen aufzeigt; für die Aufnahme in die Whitelist ist ein klarer, transparenter und effizienter Prozess zu definieren.
- die Individualität der Anforderungen unterschiedlicher Schularten bei den Software-Lösungen berücksichtigen, etwa durch die Nähe der beruflichen Schulen zur Wirtschaft oder die Anforderungen der Schülerinnen und Schüler an SBBZ an die Barrierefreiheit;
- die digitale Innovation an den Schulen fördern, etwa durch einen Wettbewerb „Jugend forscht digital“;
- die Kommunen bei der Bereitstellung digitaler Lernmittel finanziell unterstützen;
- Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, externe Hilfe beim Erstellen der Anträge und Konzepte für Fördergelder in Anspruch zu nehmen. Die Antragstellung soll vereinfacht werden,
- sowohl durch den Einsatz von mehr Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen als auch die Einbindung freiberuflich niedergelassener Therapeuten den Zugang für Schülerinnen und Schüler zu Angeboten im Bereich mentale Gesundheit ausweiten.

Im Mittelpunkt all' unserer bildungspolitischen Bemühungen stehen die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Sie wollen wir bestmöglich fördern und ideal auf den Schulabschluss und auf ihre anschließende Ausbildung bzw. ihr Studium und schließlich das Leben vorbereiten. Dazu ist über viele Dekaden eine vielfältige Bildungslandschaft gewachsen, die für jede Schülerin und für jeden Schüler das ideale Angebot vorhält und ein passendes, den individuellen Begabungen und Leistungsvoraussetzungen entsprechendes Bildungsangebot bietet. Die Strukturdebatten der vergangenen zehn Jahre haben diesem vielfältigen und gegliederten Schulwesen geschadet und die aktuelle Vereinbarung im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist nicht mehr als ein Formelkompromiss. Die einseitige Bevorzugung der Gemeinschaftsschule ist für uns nicht mit einem fairen und transparenten Leistungswettbewerb, insbesondere zwischen den weiterführenden Schulen, vereinbar. Die ideologischen Bestrebungen hin zu einer Einheitsschule müssen ebenso ein Ende haben wie das Chaos in den Anfangsklassen der weiterführenden Schulen, seitdem die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft wurde. Der Zeitdruck auf die Schülerinnen und Schüler hat sich seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums erheblich erhöht, zuletzt aufgrund der notwendigen Ergänzungsangebote wegen der Versäumnisse während der Pandemie. Es hat sich gezeigt, dass diese Überbeschleunigung spätestens jetzt für viele Schülerinnen und Schüler nicht mehr tragfähig ist. G9-Angebote müssen daher zur Stärkung der Wahlfreiheit endlich aus dem Korsett des Schulversuches heraus und wieder landesweit entsprechend der Bedarfe und unter

Beachtung der bestehenden G9-Angebote der beruflichen Gymnasien eingerichtet werden dürfen. Als unverzichtbaren Teil der schulischen Bildung in Zeiten der Polarisierung betrachten wir den Gemeinschaftskundeunterricht an allen weiterführenden Schulen und das Angebot von Ethikunterricht ab der ersten Klasse.

Als erhebliches Risiko zeigt sich, dass bei der Seepferdchen-Schwimmprüfung ein eklatanter Rückgang von 75 Prozent während der Pandemie zu beklagen ist. Nicht nur die Anbieter von Schwimmkursen müssen daher unterstützt werden, sondern auch eine landesweite Sanierungs-offensive für Lehrschwimmbecken ausgebracht werden. Die Verfügbarkeit von geeigneten Schwimmbädern hat sich als Nadelöhr des Angebotes erwiesen.

### **Deshalb wollen wir:**

- eine Bildungsgarantie für die Schülerinnen und Schüler, die als Unterrichtspflicht dem Land obliegt;
- die Grundschulempfehlung wieder verbindlich machen, damit leistungshomogenere Klassen in den weiterführenden Schulen gebildet werden können und unnötige Frustration der Schülerinnen und Schüler vermieden werden kann;
- die Hauptschulen und Werkrealschulen zu beruflichen Realschulen weiterentwickeln, die eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis sicherstellen;
- eine neue Föderalismuskommission, die den erheblichen Investitionsbedarfen in die Digitalisierung der Schulen folgend eine neue Lastentragung zwischen Bund und Ländern zum Ziel hat;
- den Erhalt des beruflichen Schulwesens in der Fläche im Rahmen der regionalen Schulentwicklung und im Einvernehmen mit den Betrieben vor Ort erhalten und damit das Handwerk stärken und gleichzeitig regionale Wirtschaftsförderung betreiben;
- die Stärkung der „Initiative Ausbildungsbotschafter“ sowie die Förderung der Nutzung weiterer Angebote zur Beruflichen Orientierung wie z.B. Bildungspartnerschaften;
- einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs für alle Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe 1 sowie Lehrkräfte und weitere Mitarbeiter der Schule, der alle zwei Jahre wiederholt werden soll;
- verpflichtenden Gemeinschaftskundeunterricht bis zum Abschluss an allen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg, wobei der Unterricht eigenständig und nicht als Fächerverbund angeboten werden soll;
- mit Ethikunterricht ab Klasse 1 ein alternatives Angebot des Wertediskurses für Schülerinnen und Schüler schaffen, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen wollen;
- ein intensives, praxisorientiertes Berufsberatungsprogramm für alle weiterführende Schulen, um fehlende Erfahrungen durch Praktika abzufedern, wenn möglich in Zusammenarbeit mit den lokalen Ausbildungsbetrieben und Hochschulen vor Ort;
- für den Betrieb von Schwimmstätten eine verlässliche Finanzierung sicherstellen, indem zusammen mit den Kommunalverbänden auch interkommunale Lösungen entwickelt werden.

Bildung beginnt allerdings nicht erst am Schultor, sondern schon im Kleinkindalter. Daher brauchen wir bereits von Beginn an qualitativ hochwertige Angebote, um nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, sondern unsere Kinder in Ihrer Entwicklung bestmöglich zu fördern und etwaige Defizite frühzeitig zu erkennen. Dafür brauchen wir eine Vielzahl von hochqualifizierten Fachkräften, deren Arbeit wertgeschätzt wird und denen Entwicklungsperspektiven geboten werden. Die Jüngsten in unserer Gesellschaft haben zudem in den vergangenen zwei Corona-Jahren weniger Kontakt mit Gleichaltrigen und anderen Bezugspersonen als ihren Eltern gehabt.

Viele KiTa-Kinder kennen Erwachsene nur mit Maske und Abstand, haben keine Veranstaltungen wie Kinderturnen oder Ähnliches erlebt und haben massiv unter den Einschränkungen gelitten.

#### **Daher wollen wir:**

- eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher starten und eine ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Studienplätzen sowie Weiterqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen zur Verfügung stellen und die Einrichtung von Ausbildungsplätzen für Erzieherinnen und Erzieher in Teilzeit unterstützen;
- die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) als Erfolgsmodell weiter stärken;
- dafür sorgen, dass flexible Angebote sich etwa hinsichtlich der Öffnungszeiten mehr nach den Wünschen der Eltern richten und zur heutigen beruflichen Realität passen. Dabei müssen die beruflichen und privaten Herausforderungen der Eltern berücksichtigt werden, etwa die Schicht- und Nachtarbeit – wo insbesondere Tageseltern passende Angebote schaffen können;
- die Kitas für Fachkräfte aus den verschiedensten Berufsbildern öffnen und multiprofessionelle Teams fördern, um ganzheitliche Bildungsangebote zu ermöglichen;
- den Betreuungsschlüssel ergebnisoffen evaluieren und Maßgaben schaffen, die Kitaschließungen möglichst verhindern;
- den Stellenwert frühkindlicher Bildung besser abbilden und dafür im Kultusministerium ein eigenes Referat einrichten;
- landesweite Programme zur Trägerqualifikation ausrollen und fördern;
- für die Kindertagespflege als wichtige Säule der frühkindlichen Bildung eine gesetzliche Grundlage schaffen und sie im Orientierungsplan fest verankern;
- die Kindertagespflege als gleichwertig zu Kindertagesstätten anerkennen, sie entsprechend bezuschussen, dass auch mittelbare pädagogische Arbeitszeit berücksichtigt wird, und diesen Zuschuss regelmäßig überprüfen;
- die Anschlussfähigkeit von Kindertagespflegepersonen an andere pädagogische Berufe herstellen;
- die Demokratieerziehung als Bildungsstandard in Kitas fest etablieren und entsprechende Bildungsprogramme für Erzieherinnen und Erzieher bereitstellen;
- die Studienplätze in der Erziehungswissenschaft weiter ausbauen, so dass mehr Lehrkräfte für die Erzieherausbildung zur Verfügung stehen;
- die Anerkennung ausländischer Fachkräfte deutlich beschleunigen und entbürokratisieren sowie den Quereinstieg in den Erzieherberuf verbessern;

- Für die Tätigkeit als Erzieherin oder Erzieher setzen wir ein Sprachniveau der deutschen Sprache von mindestens B2 voraus;
- die Digitalisierung der Einrichtungen und Träger voranbringen und damit die Kita-Organisation unterstützen sowie Zeitressourcen für die pädagogische Arbeit schaffen;
- durch eine Erhöhung des Zuschusses von Landesseite die Weiterführung des erfolgreichen Kooperationsprogrammes "Singen - Bewegen - Sprechen" sichern, mit dem gezielt die sprachlichen und motorischen Fähigkeiten von Kindergartenkindern gefördert werden.